

Bern, Juni 2023

Klimawandel und Schuldenkrise – ein Teufelskreis

Worum geht es? Die negativen Auswirkungen der Klimaerwärmung und die dramatische Staatsverschuldung in vielen Ländern des Globalen Südens sind zwei Krisen, die sich laufend verschärfen. Mindestens 54 Staaten im Globalen Süden leiden unter gravierenden Schuldenproblemen, davon gehören 28 gleichzeitig zu den 50 am schlimmsten vom Klimawandel betroffenen Ländern. Dabei gibt es mehrere Zusammenhänge der beiden Krisen, welche die Krisenbewältigung für die betroffenen Länder massiv erschweren.

Wie hängen Klimakrise und Schuldenkrise im Globalen Süden zusammen?

Die Klimakrise hat sicherlich andere Hauptursachen als die Schuldenkrise. Die Kombination führt aber zu einem gefährlichen Teufelskreis zwischen steigenden Klimakosten und steigender Verschuldung.

Die Klimakrise verschärft die Schuldenkrise:

- Die Verursacherstaaten der Klimaerwärmung leisten viel zu wenig finanzielle Unterstützung für die Bewältigung der Klimakrise im Globalen Süden. Das 100-Milliarden-Ziel der Klimafinanzierung deckt nur einen Bruchteil der Kosten – und wurde bisher nicht erreicht. Entsprechend müssen bereits hoch verschuldete Staaten **teure Kredite zur Anpassung an den Klimawandel** und daraus erfolgende Schäden und Verluste aufnehmen.
- Von den 83 Milliarden Dollar der internationalen Klimafinanzierung im Jahr 2020 wurden **70% in Form von Krediten**, die nur teilweise vergünstigt waren, bezahlt. Auch Privatinvestitionen, die von öffentlichen Garantien profitieren, erwarten eine Rendite, die wieder ins Ausland fließt. Die Empfängerländer müssen also den Grossteil der Klimafinanzierung mit Zinsen zurückzahlen.
- Die Anfälligkeit für negative Auswirkungen der Klimaerwärmung ist ein **Faktor, der die Kreditaufnahme teilweise direkt verteuert**, wenn die Risiken für einen Gläubiger dadurch als höher eingeschätzt werden. Auch ohne diesen zusätzlichen Risikofaktor müssen Länder des Globalen Südens im globalen Finanzmarkt mit massiv höheren Zinsen rechnen, als wenn z. B. die Schweiz einen Kredit aufnimmt.

Die Schuldenkrise verschärft die Klimakrise:

- Um die Schulden (in Dollar) zu bedienen, müssen die Länder über den Exportsektor Devisen einbringen. Die Länder stehen daher unter dem **Druck ihrer Gläubiger, ihre Rohstoffvorkommen auszubeuten**, was häufig mit der Abholzung von Wäldern verbunden ist. Die Förderung von Kohle-, Öl- und Gasvorkommen gehört meist dazu.
- Die Bedienung der Schulden macht bei vielen Ländern einen beträchtlichen Teil ihres Staatshaushalts aus. Entsprechend gibt es **weniger Mittel für die Klimaanpassung** und die Auswirkungen des Klimawandels schlagen sich umso stärker in Schäden und Verlusten nieder. Damit schliesst sich der Kreis.

Welche Antworten braucht es, um beide Krisen zusammen zu bewältigen?

Damit die Klimakrise nicht mehr zu einer höheren Verschuldung führt, muss die internationale Klimafinanzierung zugunsten des Globalen Südens gemäss den Bedürfnissen der ärmsten Menschen erhöht werden. Die Verhandlungen für ein nächstes Klimafinanzierungsziel ab 2025 müssen eine Vervielfachung der aktuell versprochenen jährlichen 100 Milliarden Dollar erreichen, um den steigenden Bedürfnissen gerecht zu werden. Zumal diese Menschen nichts zum Klimawandel beigetragen haben, ist die Klimafinanzierung nicht nur mit Krediten «auszuleihen», sondern als Zuschüsse («grants») zur Verfügung zu stellen.

Zur Entlastung der hoch verschuldeten Länder fordert das UNO-Entwicklungsprogramm zudem einen Schuldenschnitt von mindestens 30%. Dieser sollte öffentliche und private Gläubiger gleichermaßen betreffen. Eine Entschuldung ist dringend notwendig, damit die Staatshaushalte der Länder nicht zunehmend vom Schuldendienst aufgeessen werden, sondern mehr Spielraum für Sozial- und Umweltausgaben, darunter für die Anpassung an den Klimawandel, erhalten. So gewinnen die betroffenen Länder auch mehr Spielraum bei Entscheiden über den Abbau von Rohstoffen und der (Nicht-)Förderung fossiler Energieträger.

Kann man einen Schuldenschnitt an Klimaschutzausgaben binden?

Es gab in der Vergangenheit bereits mehrere bilaterale Abkommen, welche einen teilweisen Schuldenschnitt mit der Verpflichtung für entsprechende Ausgaben im Klima- oder Naturschutz verbanden («debt for nature swaps» genannt). Dieser Ansatz wird aus mehreren Gründen kritisiert:

- Es ist kein gerechter Ersatz für fehlende Klimafinanzierung. Diese muss von den Verursacherstaaten geleistet werden.
- Der Umfang der bisherigen Abkommen war jeweils zu gering, um zu einem spürbaren Schuldenabbau zu führen. Es werden keine Ressourcen im Staatsbudget freigespielt.
- Das Tausch-Prinzip klingt einfach, aber die Abkommen enthalten technisch sehr komplizierte Schuldenumstrukturierungen und erfordern die Anstellung von spezialisierten (teuren) Anwält:innen, um ein gutes Resultat für das betroffene Land zu erreichen.
- Hohe Transaktionskosten der Schuldenumstrukturierung können ein Verhandlungsergebnis für den verschuldeten Staat zusätzlich verschlechtern. Dann profitieren vor allem die involvierten Finanzakteure, deren hohe Renditen garantiert sind.

Was soll die Schweiz tun?

Klimakrise und Schuldenkrise erfordern beide unmittelbare, einander ergänzende Antworten.

Die Schweiz muss sicherstellen, dass ihr fairer Beitrag an die internationale Klimafinanzierung nicht auf Kosten der bestehenden Internationalen Zusammenarbeit geht, sondern eine zusätzliche Unterstützung für den Globalen Süden darstellt. Diese Unterstützung wird nach 2025 im Rahmen eines neuen internationalen Finanzierungsziels erheblich ansteigen müssen.

Zur Linderung der Schuldenkrise muss die Schweiz Transparenz darüber schaffen, welche Schweizer Finanzakteur:innen als Gläubiger im Globalen Süden involviert sind. Diese müssen von der Schweiz in die Pflicht genommen werden, sich an einem Schuldenschnitt zu beteiligen. Die Schweiz soll die 5,5 Milliarden US-Dollar an Sonderziehungsrechten (SZR), die sie 2021 vom IWF zugeteilt erhalten hat, der Afrikanischen Entwicklungsbank zukommen lassen. Diese hat ein solches «Channeling» kürzlich vorgeschlagen¹. Dies stellt erstens sicher, dass diese SZR, die die Schweiz nicht braucht, für sinnvolle Klimapräventionsprojekte in Afrika eingesetzt werden können und zweitens nicht in die entsprechenden Fonds des IWF fließen, deren entwicklungsfördernde Wirkung sehr umstritten ist. Das Vereinigte Königreich hat ein solches Channeling bereits versprochen.

Kontakt: Alliance Sud

- *Delia Berner, Fachverantwortliche Internationale Klimapolitik,*
delia.berner@alliancesud.ch, 031 390 93 42
- *Dominik Gross, Fachverantwortlicher Internationale Steuer- und Finanzpolitik,*
dominik.gross@alliancesud.ch, 078 838 40 79

¹ <https://www.afdb.org/en/news-and-events/press-releases/channel-imf-special-drawing-rights-through-multilateral-development-banks-urge-african-development-bank-governors-51914>